

## Vision für die Zukunft? Ein Gestaltungsauftrag für uns! - Landesentwicklungsprogramm IV

BERICHT ZUR TAGUNG IN MAINZ

**Am Samstag, den 10. März veranstaltete die Konrad-Adenauer-Stiftung Mainz im Erbacher Hof eine Tagung zum neuen Landesentwicklungsprogramm (LEP) IV. Vor einem fachkundigem Publikum aus der kommunalen Praxis und der Landespolitik begann die Veranstaltung mit Grußworten von Marita Ellenbürger, pädagogisch-wissenschaftliche Mitarbeiterin des Bildungswerks Mainz der Konrad-Adenauer Stiftung. Sie begrüßte alle Anwesenden und bedankte sich insbesondere bei den Referenten für ihre Bereitschaft, die Tagung mitzugestalten. Nach diesen einleitenden Sätzen übergab sie das Wort an den Landtagsvizepräsidenten Heinz-Hermann Schnabel, welcher die folgenden Beiträge der verschiedenen Referenten mit einem ersten thematischen Statement einleitete.**

Der erste Vortrag von Jeannette Wopperer, Mitglied des Innenausschusses im rheinland-pfälzischen Landtag und frühere Stadtplanerin, stellte eine Einführung in das Landesentwicklungsprogramm dar. Die fachkundige Referentin ging dabei auf die Unterschiede zum alten Landesentwicklungsprogramm ein und versuchte das Publikum für genaue Begriffsunterscheidungen zu sensibilisieren. Kleine sprachliche Unterschiede würden wesentliche Unterschiede in der Wichtigkeit und der Priorität einzelner Maßnahmen ergeben. Frau Wopperer kritisierte darüber hinaus die Ungenauigkeit und fehlende Aussagekraft vieler Karten und Formulierungen des Programms. Daneben machte sie darauf aufmerksam und kritisier-

te, dass die Komplexität des LEP IV zwar einem fachlich bewandertem Leser zugänglich sei, der Großteil der Personen, die sich mit dem Programm befassen müssten, würde jedoch ohne spezielle Vorkenntnisse überfordert werden.

Nach dem Vortrag von Frau Wopperer ergriff Christian Baldauf, Fraktionsvorsitzender der CDU im rheinlandpfälzischen Landtag, das Wort. Er bedankte sich bei Frau Wopperer für ihre Ausführungen und unterstrich die Wichtigkeit ihrer Fachkunde für die Arbeit der CDU am LEP IV.

Nach einer kurzen Kaffeepause wurde das Landesentwicklungsprogramm durch Prof. Dr.-Ing. J. Alexander Schmidt vom Institut für Stadtplanung und Städtebau der Universität Duisburg-Essen vom wissenschaftlichen Standpunkt aus beleuchtet. Prof. Schmidt setzte das LEP in den Kontext europäischer Regionen und deutscher Bundesländer. Er sprach von Rheinland-Pfalz als einem – im europäischen Vergleich gesehen – Gebiet mit hoher Verdichtung aber auch mittlerer Bevölkerungsdichte. Zwischen diesen beiden Gebieten existieren seinen Ausführungen zufolge deutlich unterschiedliche Entwicklungen die Demographie betreffend. Anschließend skizzierte Prof. Schmidt die drei Leitbilder für Raumplanung in Deutschland: „Wachstum und Innovation“, „Daseinsvorsorge sichern“ und „Ressourcen bewahren, Kulturlandschaften gestalten“. Anhand dieser Leitbilder zeigte er die Problematik des Ziels der Gleichwertigkeit der Lebensbedingungen auf und stellte die Fra-

ge nach der Realisierbarkeit dieses Ziels. Aus der Sicht von Prof. Schmidt muss die Regionalplanung wesentlich gestärkt werden. Sie muss die Aufgabe leisten, strukturschwache Gebiete an die Metropolregionen heranzuführen. Im Zuge dessen muss eine Diskussion über sinnvolle Mindestversorgungsstandards geführt werden, nicht nur von Insidern, sondern auch mit den Bürgern. Mit einem anschaulichen Diagramm zeigte Prof. Schmidt die hohen Kosten für die Versorgung ländlicher Regionen auf. Als Fazit aus seinen Ausführungen forderte er für die Landesplanung fachübergreifendes Denken, innovative Konzepte (auch „Stadt-schließungen“ sollten seiner Meinung nach diskutabel sein), eine verbesserte Kommunikation zwischen den Beteiligten und eine verstärkte interkommunale Kooperation.

Dem Vortrag schloss sich eine kurze Diskussion mit den Teilnehmern an, deren Hauptanliegen im Bereich der kooperierenden Zentren und der Zukunftsfähigkeit des LEP IV lagen. Auch die Tragweite und Regelungskompetenz des Programms spielten eine Rolle.

Nach der Mittagspause schloss sich der Beitrag von Albert Berg-Winters, Landrat im Landkreis Mayen-Koblenz sowie Vorsitzender der Grundsatzkommission der kommunalpolitischen Vereinigung der CDU (KPV), an. Zu Beginn seines Vortrags listete Berg-Winters einige Beispiele für positive Entwicklungen von Kommunen gegen bestehende Landesentwicklungspläne auf. Aufgrund dieser Beispiele vertrat er die These, dass eine vernünftige Landesplanung nur im Einvernehmen mit den kommunalen Ebenen, keinesfalls aber gegen sie, möglich ist. Im aktuell diskutierten Landesentwicklungsplan IV zeigte der Landrat und Vorsitzende der Planungsgemeinschaft Mittelrhein-Westerwald die zahlreichen Zugriffsmöglichkeiten der Landesregierung auf die kommunalen Planungen. Es sei folglich eine Landesplanung gegen die kommunalen Organe möglich, eine deutliche Entwicklung gegen die Kommunalpolitik. Diese Verstaatlichung der kommunalen Planung, so sein Appell, sei nicht hinnehmbar und müsse auf deutlichen Protest stoßen.

Nach diesen deutlichen Worten fand eine bewegte Diskussion mit den Referenten, Hans-Gerd Henkel, Vorsitzender der CDU-Fraktion Planungsgemeinschaft Mittelrhein-Westerwald, sowie dem Publikum statt. Hier interessierten vor allem die Möglichkeiten, die weitreichenden Eingriffe des LEP IV zu verhindern. Da dies eine Verordnung sei, so die einhellige Meinung der Experten, sei die Abänderung des LEP IV nur schwer möglich. Das Plenum des Landtags würde bei diesem Programm nicht gehört, lediglich im Innenausschuss fänden Beratungen statt. Bei der aktuellen Stimmverteilung dort sollten aber auch hier keine Illusionen über substantielle Änderungen verherrschen. Allenfalls sei an eine Klage zu denken, mit der Argumentation, dass durch das LEP IV die Regelungen des Landesplanungsgesetzes zu exzessiv ausgelegt würden und die Einschnitte in die kommunalen Angelegenheiten von so großem Ausmaß wären, dass eine Vereinbarkeit mit Art. 28 GG fraglich sei.

Um den Widerstand gegen das Landesentwicklungsprogramm zu stärken sei es aber erforderlich, in den Kommunen zu werben und die Auswirkungen der neuen Regelungen deutlich zu machen. Nur mit Unterstützung aller Ebenen und möglichst vieler Akteure könnte es noch möglich sein, durch gemeinsames Auftreten kleine Änderungen am Programm zu erreichen.

Im Fazit erklärte Frau Wopperer, dass sich die Landesregierung im LEP IV um wirkliche Entscheidungen drücke und nur in Ausnahmen festlege, welche Kommunen in Zukunft in welcher Zentrumsfunktion welche Funktionen übernehmen sollten. Das Landesentwicklungsprogramm IV habe, nach Meinung der Experten, eine große Anzahl von Fehlern, wobei der Hauptfehler wohl die weitreichenden Eingriffsmöglichkeiten in die kommunalen Ebenen sei.

Kommunalpolitiker aller Parteien hätten dies erkannt, durch gezielte Einflussnahme der Landesregierung würde aber aus Kreisen der regierungsnahen Kommunen nur wenig Widerspruch kommen.

Im Anschluss an die Diskussion dankten Frau Wopperer und Herr Schnabel allen An-

